

Statement

Wir erleben derzeit in den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft in Europa Spaltungen. Sei es nun in Österreich, Deutschland, Großbritannien oder in Polen. Die jüngsten Proteste in Frankreich gegen die Arbeitsmarktreform sind ebenso ein gutes Beispiel hierfür. Auch in Österreich haben die Menschen soziale Ängste, weil sie befürchten, dass die soziale Lage durch Flüchtlinge schwieriger werden könnte. Es gibt an sich schon mehr Arbeitslose als sonst, das Angebot an leistbaren Wohnungen ist knapp, es gibt zu wenige staatliche Kindergärten und zahlreiche junge Menschen wandern vom Land in die Ballungszentren ab, weil dort noch mehr Arbeitsplätze vorhanden sind usw. Der Finanzkrise folgte eine Austeritätspolitik, welche alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler trifft. Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen werden Rechtsextreme populärer, da sie all diese Umstände dazu missbrauchen, um rassistische Ideologien zu verbreiten. Die Menschen zweifeln zunehmend an der Erhaltbarkeit des Sozialstaates und an sozialer Gerechtigkeit, daher werden sie auch anfälliger für engstirnige, nationalstaatliches Denkmuster, welche wir als weitgehend überwunden gehalten haben.

Die Antwort darauf ist ein bedingungsloses Eintreten für eine soziale und gerechte Politik. Wirtschaftlich handeln bedeutet auch soziale Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen gegen die versuchte Polarisierung, Pauschalisierung und Ausgrenzung antreten: Es darf keine Zweiklassen-Gesellschaft geben, in der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen aufgrund deren Herkunft herrscht. Es ist unsere historische, politische und demokratische Verantwortung dem Rechtsruck sowohl in Österreich als auch weltweit entgegenzutreten. Wir haben uns aus der Aufklärung her pluralistische Demokratien erkämpft, wo alle Menschen unterschiedlichster Ansichten friedlich und gewaltlos leben. Darauf können und sollen wir stolz sein.

Die widerlichen Überfälle im Audimax und in Kärnten auf eine Vorstellung von Elfriede Jelineks „die Schutzbefohlenen“ vorgeführt von Schutzbefohlenen, sind feige Akte gegenüber Schutzlosen! Dieses aggressive Verhalten ist in keiner Weise tolerierbar, ebenso die jüngsten Brandstiftungen auf das Flüchtlingsheim in Altenfelden, Oberösterreich. Der Rechtsstaat muss hier seine volle Stärke zeigen, jegliche Nachsicht gegenüber diesen rassistischen Exzessen ist unakzeptabel: Intoleranz gegen Intoleranz ist das Motto!

Wir müssen uns auch fragen, was wir aus unserer Geschichte gelernt haben und wo wir ganz offensichtlich auch in der Vermittlung von Inhalten und Erfahrungen aber auch sozialer Gerechtigkeit versagt haben. Es gibt in der Demokratie das Recht auf Unterschiede, aber es gilt nicht unterschiedliches Recht! Die Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder religiösen Zugehörigkeit ist eine Diskriminierung, die wir nicht zulassen dürfen und werden. Nur gemeinsam sind wir stark und können gemeinsame Nenner finden. Nur miteinander können wir voneinander lernen, nur so können wir einen Mehrwert für uns alle schaffen. In diesem Sinne appelliere ich an ein starkes, österreichweites Miteinander!

Mit besten Grüßen

Dr. Hannes Jarolim